

Antwort des Ministers Harald Mollers auf eine Aktuelle Frage  
Plenarsitzung vom 24.06.2013

Es gilt das gesprochene Wort

### **Finanzierungslücke des Sankt Nikolaus Hospitals**

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

im November 2012 wurde ich zunächst mündlich vom Direktor des Eupener Sankt Nikolaus Hospitals darüber informiert, dass das Krankenhaus das Geschäftsjahr 2012 voraussichtlich mit einem kumulierten Defizit in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro abschließen würde.

Mit einem Schreiben vom 31. Dezember 2012 wurde ich dann auch offiziell durch den Verwaltungsratspräsidenten und den Direktor über die schwierige finanzielle Lage in Kenntnis gesetzt und gebeten (ich zitiere): **„eine externe Analyse in Auftrag [zu] geben, welche die Möglichkeiten und das Potential der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft analysiert sowie mögliche Auswege aus der Unterfinanzierung aufzeigt“** (Zitat Ende).

Die letzte Zahl, die ich gelesen habe, ist diejenige aus dem GrenzEcho vom 24. Mai 2013, wo von einer „Finanzierungslücke von rund 1,6 Millionen Euro pro Jahr“ die Rede ist.

Das sind in der Tat Besorgnis erregende Zahlen, und es gilt, das Eupener Hospital so schnell wie möglich finanziell zu sanieren, um die medizi-

nische Versorgung im Norden der DG und die damit verknüpften Arbeitsplätze nicht in Gefahr zu bringen.

Der Verwaltungsrat des Krankenhauses hat bereits eine Reihe von internen Maßnahmen beschlossen, die das Betriebsdefizit deutlich reduzieren sollen.

Und die Verantwortlichen des Hospitals haben die Gemeinden um eine finanzielle Beihilfe während mehrerer Jahre gebeten, die nach meinem Kenntnisstand auch von allen vier Gemeinden bewilligt wurde.

Über die Gründe für das hohe Betriebsdefizit hat man in der Presse lesen können, dass vor allem eine Unterfinanzierung der medizinischen Basisdienstleistungen seitens des Föderalstaates ausschlaggebend sei.

Nun, wer muss im Falle eines solch hohen Defizits eigentlich handeln?

In allererster Linie ist es natürlich Aufgabe des Verwaltungsrates, eine Analyse der Situation und ihrer Ursachen vorzunehmen und dann entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Der Verwaltungsrat hat – wie bereits gesagt – entschieden, auch an die Türe der vier nördlichen Gemeinden zu klopfen, um dort frisches Geld locker zu machen.

Es versteht sich von selbst, dass diese Finanzspritze, auch wenn sie über einige Jahre gestreckt wird, keine nachhaltige Lösung des Problems sein kann, wenn nicht parallel dazu noch andere Maßnahmen ergriffen werden.

Diese hat der Verwaltungsrat ja auch bereits teilweise in die Wege geleitet.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist lediglich für die Finanzierung der Infrastruktur zuständig.

Und da hat die Regierung in den letzten Jahren gewaltige Anstrengungen für beide Krankenhäuser unternommen, wie Sie alle wissen.

Ich erinnere daran, dass beide Häuser in den letzten Jahren und bis 2015 für ihre Bauvorhaben ca. 30 Millionen Euro von der Deutschsprachigen Gemeinschaft erhielten bzw. erhalten. Hinzu kommen noch mehr als 50 Millionen Euro seitens des Föderalstaates.

Für eine strukturelle Finanzierung der medizinischen Dienstleistungen ist die DG jedoch nicht zuständig, das ist Aufgabe des Föderalstaates.

Ich selbst habe mich gemeinsam mit dem Sankt Nikolaus Hospital wiederholt auf föderaler Ebene dafür eingesetzt, die Finanzierungsregeln für kleinere Krankenhäuser anzupassen.

Sowohl die föderale Gesundheitsministerin als auch der Föderale Öffentliche Dienst Volksgesundheit haben jedoch argumentiert, dass sie keinen Präzedenzfall schaffen möchten, der vermutlich Diskussionen ganz anderen Ausmaßes in ganz Belgien nach sich ziehen würde.

Deshalb habe ich dem Sankt Nikolaus Hospital nach seiner Anfrage vom 31. Dezember 2012 mit Schreiben vom 1. Februar 2013 geantwortet, dass die DG bereit sei, Hilfestellung auf einer anderen Ebene zu leisten.

Ich habe vorgeschlagen, einen externen Experten zu Lasten der Deutschsprachigen Gemeinschaft damit zu beauftragen, eine fundierte Analyse der Finanzen und der internen Organisation vorzunehmen, um auf Basis dieser Erkenntnisse konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Darüber hinaus habe ich angeregt, im Sinne einer Gleichbehandlung unserer Krankenhäuser eine solche Studie sowohl in Eupen, als auch in Sankt Vith durchführen zu lassen.

Beide Krankenhäuser haben sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden erklärt und wurden in die Ausarbeitung des entsprechenden

Lastenheftes eingebunden. Nach dem schriftlichen Einverständnis beider Verwaltungsräte hat die Regierung dieses Lastenheft in ihrer Sitzung vom 25. April 2013 genehmigt; am 26. April erfolgte dann die Ausschreibung.

Zur Zeit läuft das Verhandlungsverfahren mit den drei Anbietern, die zum Bewerbungsprozess zugelassen wurden. Geplant ist, dass der Zuschlag noch im Juli erfolgen soll, so dass die Organisationsanalyse in beiden Häusern bereits Ende August starten kann. Die Ergebnisse sollen dann Anfang 2014 vorliegen. Diese Studie wird integral durch die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziert und mit einem Betrag von schätzungsweise immerhin 150.000 Euro zu Buche schlagen.

Ich erhoffe mir von dieser Studie fundierte Erkenntnisse über die Ursachen des Betriebsdefizits im Sankt Nikolaus Hospital Eupen, einen Sanierungsplan mit konkreten Vorschlägen, und Empfehlungen zur weiteren Ausrichtung der Krankenhauspolitik in der gesamten DG für die nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Und außerdem erhoffe ich mir eine Antwort auf die Frage, wie es sein kann, dass unter denselben föderalen Finanzierungsbedingungen das Krankenhaus im Norden mit einem bedrohlichen Betriebsdefizit zu kämpfen hat und das noch kleinere Krankenhaus im Süden der DG seit Jahren schwarze Zahlen schreibt.

Ich bleibe bei meiner bereits häufiger gemachten Aussage, dass wir für die medizinische Basisversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger beide Standorte in der DG brauchen.

Welche Entwicklung beide Krankenhäuser nehmen müssen, um auch in Zukunft noch auf stabilen Füßen zu stehen, darüber wird die Studie sicherlich interessante Erkenntnisse liefern.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.